

Vorfrische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Vorlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhofs (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhofs 3605-3608, Telegramm: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 660, Monatsbeitrag 3,90 M. (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kohlstraße 22-26

10 Pf. [Anzahl] 10 Pf., Nr 122

MONTAG, 13. MÄRZ 1933

ABEND-AUSGABE

Nach den Wahlen

Der Erdris, der am 5. März begann, hat sich gehen bei den Preussischen Gemeindevahlen fortgesetzt. Die beiden Regierungsparteien haben in den Kommunalverbänden jeden Grades fast durchweg die Mehrheit erlangt. Die geringere Beteiligung würde sich zugunsten der Sieger des 5. März auswirken. Die stürmische Fallgeschwindigkeit, die bei den Kommunalwahlen festzustellen ist, die erneute Hunderttausende von Stimmen einbüßen, vor allem aus Hunderttausenden von Stimmen einbüßen, hat hier wohl die Ankündigung mitgewirkt, daß die kommunalpolitischen Parlamentarismen zwar nicht für ungültig erklärt, aber praktisch ausgeschaltet werden sollen.

Wie dem auch sein mag, die Regierung der nationalen Sozialisten — die Regierung der Nationalsozialisten — die gestern zum ersten Male amtlich gebildet wurde — verfügt auch in den Gemeinden und den höheren Selbstverwaltungsorganen Preussens über Mehrheiten, die zugleich eine völlig neue Zusammensetzung des Staatsrats herbeiführen. Auf der ganzen Linie hat die Regierung freie Bahn, auf dem Boden der Bevölkerung ihre Pläne durchzuführen.

Diese Tatsache bringt eine Umwälzung. Sie hand ist sehr tief, daß sich selbst bisher bereits geltend in seiner Doppelnatur als Regierungsgesetz und als Führer der Nationalsozialistischen Partei seine über Staatsangehörigen und Schicksal eine Parlamentarismus in Hunderttausenden, die in der Bevölkerung gibt, daß „die gesamte völkische Gewalt nunmehr in die Hände des nationalen Deutschland gelegt ist.“ Die vom Reichspräsidenten angeordnete Hinführung der schwarzweißen Fäden und der latenten Führung knüpft äußerlich an den Volkstrauergang an. Sie soll aber vor allem auch die Richtung der weiteren Entwicklung anzeigen, bei der die schwarzweißen Kreise nicht ausgeschaltet werden sollen.

Berühmlich genug, daß die Erklärung Hitlers das Schlußwort zum letzten Ausdruck ist, das bei der beispielhaften Entscheidung der letzten Wochen bei den Wahlen erweisen muß. Unverkennbar ist dieser Erfolg der Preis außerordentlicher Mühen, eines lebensschaffenden politischen Willens, einer ogdologischen Entfaltung, die weit über alles hinausgeht, was selbst in Italien möglich war. Vor den Erfolg haben die Götter den Erfolg gewährt. Hinter den Erfolg die Verantwortung. Eine Verantwortung, ebenso außerordentlich, wie es dieser Erfolg ist. Die nationalsozialistische Presse unterstreicht diese Tatsache durch die Feststellung: „Es gibt keine Wiederkehr mehr, die sich der Wiederanparatheit des Reichstagsleiters Hitler entgegenstellen können.“

Verantwortung: das bedeutet zunächst, wie Hitler gestern betont hat, die Verpflichtung, „dem ganzen deutschen Volk und vor allem auch unserer Wirtschaft das Gefühl der unbedingten Sicherheit zu geben.“

Daß der Appell an die Disziplin der Parteiformationen nicht überflüssig war, haben die letzten Tage gezeigt. Befehl und Befolgung zeigen, daß Hitler sich bewußt ist, wie sehr die mehrere Entfaltung von der Sicherung der Disziplin seiner Anhänger abhängt. Man kann nicht betreiben, daß er wirklich Worte findet, um der Gote Ausdruck zu verleihen, die auf dem verantwortlichen Staatsmann in Zeiten der Gahrung liegt, gerade wenn das Füllhorn des Erfolges alle Möglichkeiten zugleich im Übermaß ausschüttet.

Die Wiederherstellung des „Gefühls der unbedingten Sicherheit“ wird wesentlich unterstützt werden, wenn die Beteiligung von oben ergänzt wird durch die Kontrolle der öffentlichen Meinung. Je mehr der Eindruck erweckt wird, daß die Preise im allgemeinen die lebenswichtigen Aufgaben erfüllen kann, desto größer das Vertrauen zu der Stabilität der deutschen Entwicklung, desto geringer das gegenteilige Mißtrauen, desto stärker die Bewegungsfreiheit der deutschen Außenpolitik. In den letzten Wochen hat der Reichswirtschaftsminister immer wieder betont, daß die Weidmarch über den Parteien und Tagesfragen zu stehen habe. Auch in der Folgezeit und in allen Zweigen der Verantwortung muß den Weiden des Übergangs gewisse Gebalte zum Durchbruch kommen, der allein dem Grundgesetz des gleichen Rechts und der Notwendigkeit äußerster Sparsamkeit entspricht.

Unabhängig groß ist der Aufgabenkreis einer Regierung, die es übernommen hat, die Hoffnungen von Millionen zu erfüllen, in einem Augenblick, in dem die Weltteile noch keineswegs überwinden ist und Europa rings um die Übergriffen in Waffen steht. Innerpolitisch ist sie stärker, als es eine Regierung war. Aber auch Sizemard auf der Höhe seiner Macht war sich bewußt, daß der Staatsmann eines Gegenpiels bedarf, das ihm Rückendeckung

gewährt und die Kontrolle über die Volksfrömdungen ermöglicht. Daß die Deutsche Staatspartei getrenn sich getrenn getrenn gehalten hat, ist für die Füller der alten liberalen Tradition eine Entmutigung. Es wäre aber Selbsttäuschung,

zu verkennen, daß eine Erneuerung der freiheitlichen Kräfte des Bürgertums nur dann Aussicht auf Erfolg hat, wenn neue Quellen erschlossen und junge Menschen als Träger der unvergänglichen Ideen sich an die Arbeit machen.

Das Berliner Wahlergebnis

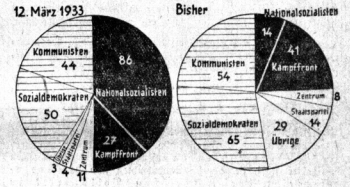
In der Reichshauptstadt, mo sich die Stadt- und Bezirksverordnetenmannen in aller Ruhe vollzogen, fand die Wahlbeteiligung gegenüber dem 5. März von 89 auf 78 Prozent. Es wurden bei einer Zahl von 3,3 Millionen Wahlberechtigten 2.572.063 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen:

	12. März	5. März	Mandate
Nationalsoz.	984 243	1 031 045	86 (14)
Sozialdem.	565 943	647 231	50 (65)
Rommunisten	499 847	729 474	44 (54)
Zentrum	119 939	147 937	11 (8)
Kampffront			
Schwarz-Weiß-Not	311 302	326 285	27 (41)
Dt. Volkspartei	17 920	26 057	2 (15)
Christl.-Soziale	14 365	17 186	1 (1)
Dt. Staatspartei	52 671	52 271	4 (3)
Republikaner	5 833	978	— (11)
Gesamt	2 572 063	2 978 464	225 (225)

Es ergibt sich daraus für das Berliner Stadtparlament eine Mehrheitsverteilung von 113 gegen 112 Stadtratsmitglieder — dieselbe Mehrheit, die 1921 die damaligen bürgerlichen Parteien erlangen, nachdem die ersten Groß-Berliner Stadtverordnetenwahlen 1920 eine sozialistische Mehrheit von 115 Mandaten gebracht hatten. Im letzten Stadtparlament

hatten die Sozialdemokraten 65, die Kommunisten 54 Sitze, zusammen also 119 Mandate. Diese Mehrheit ist aber praktisch kaum in die Entscheidung getreten. In Wirklichkeit bestand eine Arbeits- und Staatsmehrheit aus Sozialdemokraten und den Stadtratsmitgliedern der Mittelparteien. Selbst geht die schwere Verantwortung auf die beiden Rechtsparteien über.

Die Einzelheiten des Berliner Wahlergebnisses veröffentlichen wir in der 1. Beilage.



Schutz des Geschäftslebens

Runderlaß des Reichsministers Frick

Der Reichsminister des Innern, Dr. Frick, hat an die Innenministerien der Länder und die Reichskommissionen in München, Stuttgart, Dresden, Karlsruhe, Darmstadt, Bremen, Elberfeld und Schwanau-Bippe folgenden Runderlaß gerichtet:

In zahlreichen Städten des Reiches sind immer wieder Beschäftigungen und Behinderungen von Einzelgeschäften statt. Davon werden nicht nur die Inhaber der Geschäfte, sondern auch die Arbeiter und Angestellten der Geschäfte sowie das laufende Publikum und der allgemeine Wirtschaftsverkehr schwer betroffen. Auch die Staatsautorität und die

für den Wiederaufstieg Deutschlands unentbehrliche Betriebsaufhebung leiden unter solchen Willkürmaßnahmen.

In Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bitte ich, diesen Unzuständen nachdrücklich entgegenzutreten und die dazu erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Den Auf Ruf des Reichsleiters Hitler, der allen Stellen die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zur Pflicht macht, geben wir auf der zweiten Seite wieder.

Dr. Goebbels ernannt

Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda

Es wird folgender Erlaß des Reichspräsidenten bekanntgegeben:

„Für Zwecke der Aufklärung und der Propaganda unter der Brückung über die Politik der Reichsregierung und den nationalen Aufbau des deutschen Vaterlandes wird ein Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda errichtet. Der Leiter dieser Behörde führt die Bezeichnung Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda. Die einzelnen Aufgaben des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda bestimmt der Reichstagsleiter. Er bestimmt auch im Einvernehmen mit dem beteiligten Reichsminister die Aufgaben, die aus deren Geschäftsbereich auf das neue Ministerium übergehen und zwar auch dann, wenn hierdurch der Geschäftsbereich der betreffenden Ministerien in den Grundzügen berührt wird.“

„Gleichzeitig hat der Reichspräsident den Reichstagsabgeordneten Dr. Goebbels zum Reichsminister für

Volksaufklärung und Propaganda, und den bisherigen Ministerialdirektor Walter Funt zum Staatssekretär dieses Ministeriums ernannt.

Selbste Arbeitsdienst-Kommissar

In Stelle des bisherigen Reichskommissars für den freiwilligen Arbeitsdienst, Geym, ist der Reichsarbeitsminister Selbste zum Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst ernannt worden.

Justizminister Gürtner erkrankt

Reichsjustizminister Dr. Gürtner ist seit einiger Zeit an einer Mittelohrentzündung erkrankt und wird durch den Staatssekretär Dr. Schlegelberger vertreten.